

## Der Zehnten wird privatisiert

Demnächst stimmen wir über ein neues Steuerpaket ab.

Die Frage, die wir uns in diesem Zusammenhang stellen müssen, ist eine grundlegende: *Wollen wir frei sein und frei bleiben, wie die Väter waren?*

Mit dem klaren Willen, sich keinen fremden Vögten zu unterwerfen, welchen wir Steuern (Zehnten) abliefern müssen, wurde unser Land vor ein paar hundert Jahren gegründet. Heute stellen wir fest, dass unsere Politiker fremde Investoren anlocken wollen, welchen wir dann einen Zins (Zehnten) auf das investierte Kapital entrichten müssen. Genau das Gleiche passiert mit unseren Kapitalisten, welche sich mit ihrem Kapital im Ausland ansiedeln. Ziel der aktuellen Steuervorlage ist es einmal mehr, dem Staat weniger Steuern (Zehnten) abzuliefern, dafür den Privaten (Versicherungen und Banken) mehr Prämien und Zinsen zu bezahlen. In die gleiche Richtung zielt das Ansinnen von „Avenir Suisse“, die Unternehmungssteuern gänzlich abzuschaffen. Einmalig bei der aktuellen Steuervorlage ist die Situation, dass sich Kantone und Städte gegen eine eidgenössische Vorlage gemeinsam stark machen – weil sie schlecht für die Demokratie ist.

Die private Abschöpfungswirtschaft hat den Vorrang vor der staatlichen Abschöpfungswirtschaft gewonnen (Primat der Wirtschaft vor der Politik). Staatsregale wie Kantonalkassen, Nationalbank, Eisenbahn, Post und Telekommunikation sind privatisiert. Der Mittelstand wurde damit um das Eigentum der Demokratie gebracht. Man darf durchaus von einer Art Enteignung des Mittelstandes sprechen, der jetzt durch den Kapitalismus statt durch den Kommunismus stattgefunden hat. Es gab zwischen diesen beiden Systemen schon seit Generationen einen Mittelweg – nämlich die Demokratie. In einer Demokratie würde man erwarten, dass das Geldsystem als wichtigste Staatsgewalt nicht von Privaten, sondern vom demokratischen Rechtsstaat gesteuert wird.

Das ist heute nicht mehr der Fall. Und die vielen Privaten können sich nicht einigen, wer denn nun welche Verantwortung übernehmen soll – für soziale Probleme. Der Staat ist inzwischen so hoch bei Privaten verschuldet, dass er immer höhere Abgaben an diese Privaten leisten muss. Er fungiert als Steuerneintreiber nur noch als eine Art Durchlauferhitzer, der beim Steuerzahler Steuern eintreibt, um sie sofort wieder in Form von BVG-Prämien und Zinsen an Private auszugeben. Die privatisierten Bankbeamten und Versicherungsbeamten (Manager) maximieren weiterhin ungeniert ihre Löhne und beuten damit die reale Wirtschaft regelrecht aus. Die KMU sind geldlos, Geldlosigkeit herrscht und dadurch Arbeitslosigkeit.

Es wird Zeit aufzuwachen, wenn wir den Demokratischen Rechtsstaat nicht seiner Grundlage berauben wollen. Ein Staat, der sich mit Waffengewalt gegen die zunehmende Armut verteidigen muss ist keine Demokratie, es ist ein Feudalsystem. Es gibt keine Massenarmut und keine Massenarbeitslosigkeit in einer Demokratie. Arbeitslosigkeit ist Geldlosigkeit, sie hat mit fehlender Arbeit nichts zu tun.